

Der Föderalismus in Deutschland – ein Stationenlernen

Nach Ideen von Andreas M. Münzing, Hagenbach



I/C2

© Comstock/Thinkstock

Der Föderalismus in Deutschland – ein Tauziehen um Kompetenzen?

Themen:	Die deutschen Bundesländer, ihre Hauptstädte und Ministerpräsidenten; die Rolle des Bundesrates bei der Gesetzgebung; Kennzeichen des deutschen Föderalismus; Länderfinanzausgleich; Föderalismusreform
Ziele:	Die Schülerinnen und Schüler kennen den föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Sie setzen sich mit den entsprechenden Verfassungsprinzipien auseinander und bewerten die Rolle des Bundesrates. Sie erarbeiten sich die Zusammenarbeit der Länder und die Zuständigkeiten hinsichtlich der Gesetzgebung. Im Lernzirkel arbeiten sie selbstständig und übernehmen selbst Verantwortung für ihren Lernprozess.
Klassenstufe:	ab Klasse 8
Zeitbedarf:	5–6 Unterrichtsstunden

Materialübersicht

Stunde 1: Einstieg in den Lernzirkel

M 1 (Ab)	Das föderale System der Bundesrepublik Deutschland – die Bundesländer	
ZM 1 (CD)	Interaktives Quiz zu den deutschen Bundesländern	
M 2 (Ab)	Laufzettel	

Stunden 2–4: Lernzirkel an fünf Stationen

M 3 (Ab)	Station 1: Der Bundesrat – a) Gewaltenteilung	
M 4 (Tx/Ab)	Station 1: Der Bundesrat – b) Rolle im Gesetzgebungsverfahren	
ZM 2 (CD)	Die Zusammensetzung des Bundesrats (Stand: Dezember 2016)	
M 5 (Lö)	Lösungen: Station 1 – Der Bundesrat	
M 6 (Tx)	Station 2: Föderalismus – was ist das?	
M 7 (Lö)	Lösungen: Station 2 – Föderalismus – was ist das?	
M 8 (Tx)	Station 3: Wie arbeiten die Länder zusammen?	
M 9 (Lö)	Lösungen: Station 3 – Wie arbeiten die Länder zusammen?	
M 10 (Ab)	Station 4: Wer ist wofür zuständig? – a) Ausschließliche und konkurrierende Gesetzgebung	
M 11 (Tx)	Station 4: Wer ist wofür zuständig? – b) Die Föderalismusreform	
M 12 (Lö)	Lösungen: Station 4 – Wer ist wofür zuständig?	
ZM 3 (CD)	Station 5: Der Landtag in meinem Bundesland	

Stunde 5: Abschluss des Lernzirkels

M 13 (Ka)	Der Föderalismus in Deutschland – eine Diskussion	
-----------	---	--

Erläuterung der Abkürzungen und Symbole:

Ab: Arbeitsblatt – **Ka:** Karikatur – **Lö:** Lösungen – **Tx:** Text



Internetzugang erforderlich



als Zusatzmaterial auf CD 22

M 2

Laufzettel

Mit diesem Blatt kontrollierst du während des Stationenlernens, welche Materialien du schon bearbeitet hast und welche dir noch fehlen.



© Colourbox.com

I/C2

Stationenlernen: Der Föderalismus in Deutschland

Station	Titel	Bearbeitung	Erledigt und Lösung kontrolliert?
1 a)	Der Bundesrat – Gewaltenteilung	Pflicht	<input type="checkbox"/>
1 b)	Der Bundesrat – Rolle im Gesetzgebungsverfahren	Pflicht (+ freiwillige Zusatzaufgabe)	<input type="checkbox"/>
2	Föderalismus – was ist das?	Pflicht	<input type="checkbox"/>
3	Wie arbeiten die Länder zusammen?	Pflicht	<input type="checkbox"/>
4 a)	Wer ist wofür zuständig? – Ausschließliche und konkurrierende Gesetzgebung	Pflicht (+ freiwillige Zusatzaufgabe)	<input type="checkbox"/>
4 b)	Wer ist wofür zuständig? – Die Föderalismusreform	Pflicht	<input type="checkbox"/>
5	Der Landtag in meinem Bundesland	Freiwillig	<input type="checkbox"/>

Aufgabe

Gehe von Station zu Station und bearbeite die dort ausliegenden Materialien.

Hast du die Arbeit an einer Station beendet, kontrolliere deine Ergebnisse mithilfe der Lösungsblätter. Dann hakst du die entsprechende Station auf deinem Laufzettel als erledigt ab.

In welcher Reihenfolge du die Stationen bearbeitest, bleibt dir überlassen. Aber: Bearbeite zuerst alle Pflicht-Stationen, bevor du zur freiwilligen Station 5 gehst.

M 3

Station 1: Der Bundesrat – a) Gewaltenteilung

Der Föderalismus in Deutschland, das heißt, die Gliederung in Bundesländer, verfolgt das Ziel der Gewaltenteilung.

Film: www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/gesetzgebung-node.html



Der Sitz des Bundesrates in Berlin

FRAGEN FÜR DAS KREZWORTRÄSEL:

- A) Der Bundesrat ist die ... der 16 Länder auf Bundesebene.
- B) Die deutschen Verfassungsorgane sind Bundestag, Bundesrat, Bundespräsident, Bundesverfassungsgericht und ...?
- C) Der Bundesrat wirkt bei der ... mit.
- D) Die Mitglieder des Bundesrates sind immer auch Teil einer ...? Sie vertreten daher die Ansichten der dortigen Regierungsparteien.
- E) Vor der Abstimmung im Bundesrat werden einzelne Gesetze intensiv beraten – dies geschieht im ...?
- F) Es gilt: Die Bundesländer im Bundesrat stimmen ... ab.
- G) Ein Gesetz, das von der Bundesregierung nicht ohne vorherige Abstimmung im Bundesrat verabschiedet werden kann, ist ein ...?
- H) Wenn sich Bundesrat und Bundestag über ein bestimmtes Gesetz nicht einig werden können, wird ein ... einberufen.
- I) Die Suche nach einem ... findet geheim hinter verschlossenen Türen statt.

Lösungswort: In Deutschland dürfen die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat einen _____ machen.

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17

Aufgaben

- Sieh dir den Film über den Bundesrat an und löse das Kreuzworträtsel.
- Im Artikel 79 Grundgesetz (GG) steht:

(3) Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder [und] die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung [...] berührt werden, ist unzulässig.

Erkläre, warum die Verfasserinnen und Verfasser des Grundgesetzes diesen Artikel formuliert haben.

M 4

Station 1: Der Bundesrat – b) Rolle im Gesetzgebungsverfahren

Artikel 50 Grundgesetz legt fest, dass der Bundesrat bei der Gesetzgebung mitwirkt. Wie dies konkret aussieht, beschreibt der Text.

Wie wirkt der Bundesrat bei der Gesetzgebung mit?

Der Bundesrat ist in verschiedener Hinsicht an der Gesetzgebung beteiligt. Wie der Bundestag und die Bundesregierung hat er ein Initiativrecht für Gesetzesvorlagen, das er jedoch eher selten wahrnimmt.

Ein solcher Gesetzesvorschlag geht zunächst in den Bundestag, wo er in Fachausschüssen und in drei Lesungen beraten wird. Ist der Bundestag nach der dritten Lesung zu einem Beschluss gekommen, gibt es einen zweiten Durchgang im Bundesrat. Hier wird unterschieden zwischen Zustimmungsgesetzen und Einspruchsgesetzen:

Bei einem **Zustimmungsgesetz** kann der Bundesrat zustimmen, ablehnen oder den Vermittlungsausschuss anrufen. Lehnt der Bundesrat ein solches Gesetz ab, ist es gescheitert. Zustimmungsgesetze sind:

- Gesetze zur Änderung der Verfassung,
- Gesetze mit Auswirkungen auf die Finanzen der Länder (zum Beispiel Steuergesetze, die Auswirkungen auf die Einnahmen der Länder haben),
- Gesetze mit Auswirkungen auf die Verwaltung der Länder.

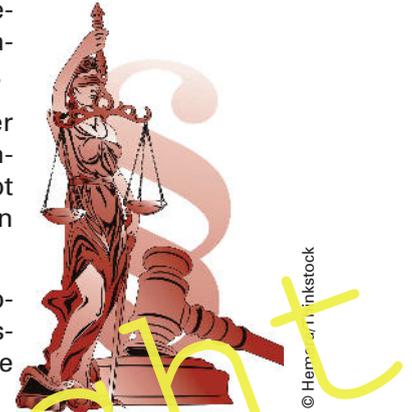
Bei **Einspruchsgesetzen** kann der Bundesrat zustimmen oder Einspruch erheben. Ein Einspruch ist nur möglich, nachdem der Vermittlungsausschuss einberufen und das Vermittlungsverfahren abgeschlossen wurde. Einsprüche können vom Bundestag zurückgewiesen werden, indem der Bundesrat mit der gleichen Mehrheit überstimmt wird, mit der der Einspruch beschlossen wurde, zum Beispiel eine absolute oder eine Zwei-Drittel-Mehrheit.

Der Bundesrat kann zu allen vom Bundestag vorgeschlagenen Gesetzen den **Vermittlungsausschuss** anrufen. Bundestag und Bundesregierung können den Vermittlungsausschuss nur dann anrufen, wenn ein Zustimmungsgesetz vom Bundesrat abgelehnt wurde. Der Vermittlungsausschuss besteht aus je 16 Mitgliedern von Bundesrat und Bundestag. Er kann dem Bundestag Änderungen oder eine Aufhebung des Gesetzes empfehlen, selbst aber keine Beschlüsse fassen.

Akzeptiert der Bundestag den Kompromiss des Vermittlungsausschusses und stimmt auch der Bundesrat dem neuen Text zu, kann der Weg der Gesetzgebung bis hin zur Veröffentlichung gehen: Es wird dann vom zuständigen Ministerium oder von der Bundeskanzlerin unterzeichnet, anschließend vom Bundespräsidenten unterschrieben („ausgefertigt“) und im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Im Gesetz muss stehen, wann es in Kraft tritt.

Aufgaben

1. Lies den Text. Setze dann im Schaubild auf der folgenden Seite die fehlenden Informationen auf den gepunkteten Linien ein.
2. Im Film (Station 1a) heißt es, der Bundesrat sei „kein bequemer Ja-Sager“ ohne Macht. Liste Argumente auf, die für oder gegen diese These sprechen.



M 6

Station 2: Föderalismus – was ist das?

Die 16 Bundesländer sind Bestandteil der föderalen Struktur Deutschlands. Der Text erklärt, was das genau bedeutet.

Miteinander, gegeneinander oder jeder für sich? – Was heißt „Föderalismus“?

Jasmin ist 15 Jahre alt und besucht in Bremen ein Gymnasium. Nun hat ihre Mutter ein gutes Jobangebot in Karlsruhe bekommen. Jetzt steht der Umzug nach Baden-Württemberg an. Jasmin muss sich nicht nur von ihren Freunden verabschieden, sondern sich auch auf eine ganz neue Schulumgebung einstellen. Nicht nur, dass manche Fächer unterschiedlich genannt werden – zum Beispiel „Kunst“ und „BK“. Auch die Lehrpläne und damit die Unterrichtsinhalte in den unterschiedlichen Klassenstufen und die Prüfungsanforderungen unterscheiden sich. Das liegt daran, dass die Schulpolitik in Deutschland Aufgabe der Bundesländer ist. Zwar treffen sich die zuständigen Minister regelmäßig in der Kultusministerkonferenz (KMK), um einige Aspekte zu vereinheitlichen und dadurch Schulwechsel wie den von Jasmin einfacher zu machen, aber vieles ist in unserem föderalen System eben doch unterschiedlich.

Der Begriff „Föderalismus“ kommt aus dem Lateinischen: „foedus“ bedeutet „Bund“. In der Bundesrepublik Deutschland haben alle Bundesländer eine Verfassung und eine eigene Landesregierung. Dennoch ist der Föderalismus in Deutschland „kooperativ“. Das heißt, trotz der jeweils eigenen Zuständigkeiten sind die Länder dem Bund gegenüber zur Bündnistreue verpflichtet. In vielen Bereichen arbeiten Bund und Länder zusammen und es gibt regelmäßige Besprechungen zwischen dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten der Länder. Andere Staaten folgen dagegen dem Prinzip des „Wettbewerbsföderalismus“, in dem die einzelnen Glieder stärker miteinander konkurrieren. Ein Beispiel dafür sind die USA.



Der deutsche Föderalismus ist kooperativ.

Der kooperative Föderalismus ist zugleich ein Gebot des Grundgesetzes, denn Artikel 20 (1) besagt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Bund und Länder müssen also durch sozialpolitische Maßnahmen die Menschen absichern, und es wird Solidarität erwartet. Dazu gehört auch, dass in ganz Deutschland ein gewisser Lebensstandard gesichert wird. Um dies zu ermöglichen, sorgt der sogenannte Länderfinanzausgleich¹ dafür, dass schwächere Bundesländer von den stärkeren unterstützt werden.

Ein weiterer wichtiger Begriff, um den Föderalismus in Deutschland zu beschreiben, ist das „Subsidiaritätsprinzip“. Es bedeutet, dass der Bund als übergeordnete Ebene nur dann Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen an sich ziehen darf, wenn die untergeordnete Ebene der Länder und Kommunen eine bestimmte Aufgabe nicht erfüllen kann. Dieses Prinzip soll auch gewährleisten, dass der Staat und seine Verwaltung möglichst bürgernah handeln können.

¹ Näheres zum Länderfinanzausgleich erfährst du in Station 3.

Aufgaben

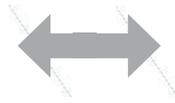
1. Lies den Text.
2. Man könnte sagen, dass der föderale Staat Deutschland von unten nach oben aufgebaut ist. Erkläre diese Aussage.
3. Schreibe eine E-Mail an Jasmin. Beziehe darin Stellung zu ihrem Umzug von Bremen nach Baden-Württemberg und zur Problematik der föderalen Bildungspolitik.

M 11

Station 4: Wer ist wofür zuständig?

b) Die Föderalismusreform

Die Föderalismusreform von 2006 sollte die Aufgaben von Bund und Ländern entflechten. Zuständigkeiten bei der Gesetzgebung wurden zwischen den Ländern und dem Bund neu aufgeteilt. Die Gesetzgebung soll dadurch beschleunigt und der Föderalismus sowie seine Bürgernähe gestärkt werden. Gleichzeitig wurde die „Abweichungsgesetzgebung“ beschlossen. Doch wurden damit eher Probleme beseitigt oder vielmehr neue geschaffen?



Bilder: © iStock/Thinkstock

Welche Umweltauflagen gelten für den Bau einer neuen Fabrik?

Auf einer Waldfläche, nahe einem Naturschutzgebiet, soll eine Fabrik gebaut werden. Im Rahmen des Umweltschutzes kommt die vom Bund beschlossene sogenannte „Engriffsregelung nach einer für alle Länder verbindlich festgelegten Prüffolge“ zur Anwendung. Dadurch soll einer Umweltzerstörung vorgebeugt werden. Ist ein gewisses Maß an Umweltzerstörung nicht vermeidbar, muss zumindest ein Ausgleich geschaffen werden. Das heißt, es müssen beispielsweise an anderer Stelle neue Bäume gepflanzt werden.

Bundesland A verlangt für den Bau der Fabrik lediglich die Pflanzung von drei neuen Bäumen, da es bezüglich der Abweichungsgesetzgebung niedrige Umweltstandards festgelegt hat.

Bundesland B untersagt den Bau der Fabrik zunächst. Nach langwierigen Verhandlungen mit der zuständigen Firma darf die Fabrik unter hohen Auflagen hinsichtlich Kosten und Naturschutz gebaut werden.

Aufgaben

1. Lies den Text.
2. Erkläre mithilfe des Beispiels die sogenannte „Abweichungsgesetzgebung“. **Tip:** Was bedeutet „abweichen“?
3. Beurteile, ob die Abweichungsgesetzgebung dazu beiträgt, die Zuständigkeiten von Bund und Ländern zu entflechten.